Bayanlara mahsus ilâve ile beraber fiatı 10 kuruş

Preis mit Frauenbeilage: 10 KURUŞ

Nushası 5 Kuruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

	dahil için	haric için
Aylık	Türk lirası 1.50	RM. 5.—
Üç aylık	„ „ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „ 15.—	„ 50.—

yahud mukabili.
Haftada 6 defa çıkar.

Idarehane:
Galib Dede Caddesi 59
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44606.
Posta Kutusu: Istanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kurus

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
Für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert
Erscheint wöchentlich 6 mal

Geschäftsleitung:
Galib Dede Caddesi 59
Drahtanschrift: Türkpost.
Fernsprecher: 44606.
Postfach: Istanbul 1269.

11. Jahrgang Nr. 21 — Tageszeitung — Istanbul, Sonnabend, 25. Jan. 1936

Der zweite Fünfjahreplan - Abschluss der Bukarester Wirtschaftsberatung - Danziger Fragen und russische Beschwerde erledigt - Aegypten in der Sackgasse

Das neue Industrialisierungs-Programm

Ankara, 24. Jan.

Der Ausschuß, der mit der Festlegung der Grundzüge des zweiten Fünfjahresplanes für den Ausbau der inländischen Industrie beauftragt ist, hat seine Arbeiten zu einem gewissen Abschluß gebracht. Er hat die in den 14 Unterausschüssen geleistete Arbeit überprüft und den wesentlichen Inhalt des neuen Industrieplanes festgestellt. Es wurden Berichterstatter gewählt, die dem Wirtschaftsministerium innerhalb einiger Wochen ausführliche Berichte erstatten sollen. Aufgrund dieser Unterlagen wird dann das endgültige Industrialisierungsprogramm der folgenden Jahre festgelegt und veröffentlicht werden.

Wirtschaftsminister Celâl Bayar gab heute abend im Ankara-Palast einen Tee zu Ehren der Mitglieder des Ausschusses. An dieser Veranstaltung nahmen auch der Finanzminister und der Unterrichtsminister sowie mehrere höhere Beamte der beteiligten Ministerien teil. Im Verlaufe der wohlgelungenen Veranstaltung ergriff Wirtschaftsminister Celâl Bayar das Wort und erklärte u. a., daß er die Grundzüge des neuen Planes Mitte März hoffe bekannt geben zu können.

Der Finanzminister Fuad Ağralı gab einen Rückblick über die Durchführung des ersten Fünfjahresplanes.

Erleichterungen für den Handelsverkehr

Die Arbeiten des Wirtschaftsrates der Balkan-Entente

Bukarest, 24. Januar (A.A.)

Der Wirtschaftsrat der Balkan-Entente hat seine Arbeiten abgeschlossen und eine Mitteilung an die Presse ergehen lassen, in der es heißt:

Nach den Tagungen in Athen und Ankara, die vor allem der Festlegung der Grundzüge der künftigen Zusammenarbeit gewidmet waren, wurde in Bukarest mit der Umsetzung der Pläne in die Tat begonnen.

Der Rat hat drei Ausschüsse gebildet:

1. Für die Entfaltung der Handelsbeziehungen
2. Für die Verkehrsfragen
3. Für die Förderung des Fremdenverkehrs.

In Bezug auf den Güteraustausch hat der Rat die Durchführung der in Ankara gegebenen Anregungen eingeleitet. Die einzelnen nationalen Gruppen hatten vorher die beteiligten Handelskreise um Bekanntgabe ihrer Beschwerden über die in den vier Ländern in Kraft befindlichen Handelsbeschränkungen gebeten. Diese Beschwerden, die in bedeutsamen Denkschriften festgehalten worden sind, haben zu einer ausgedehnten Aussprache Anlaß gegeben. Es wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, und die Vertreter der vier Länder verpflichteten sich, sich bei den zuständigen Stellen ihres Landes dafür einzusetzen, daß die gemeldeten Unzuträglichkeiten abgestellt werden.

In den regelmäßigen Veröffentlichungen der Notenbanken und anderer Wirtschaftsinstitute werden die Statistiken und die den Handel angehenden Mitteilungen der vier Länder veröffentlicht werden.

Die Ausfuhrinstitute wurden beauftragt, einen Plan für den Verkauf der gemeinsamen Erzeugnisse der Balkanländer auszuarbeiten.

Ferner wurde die Inkraftsetzung der Post- und Fernsprechabkommen zwischen den vier Ländern mit Wirkung vom 1. Januar 1936 festgestellt.

Im rumänischen Außenministerium wurde heute ein Abkommen über den Luftverkehr unterzeichnet. Ferner wurden vorläufige Entwürfe für ergänzende Vereinbarungen praktischer Art ausgearbeitet.

Auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs wurde die Einrichtung einer unmittelbaren Verbindung zwischen Belgrad und Bukarest festgestellt.

Außerdem wurden technische Untersuchungen über die Vereinheitlichung der Tarifbestimmungen durchgeführt.

Am 6. Februar wird in Belgrad eine Tagung von technischen Sachverständigen stattfinden. Eine Konferenz zur Regelung der Schiffahrtsfragen wird am 22. April in Istanbul eröffnet werden.

Ferner wurde ein ständiger Ausschuß für die Behandlung der Fremdenverkehrsfragen eingesetzt. Seine Satzungen wurden ausgearbeitet, und seine Geschäftsordnung in ihren Grundzügen festgelegt.

Schließlich hat der Rat beschlossen, seine nächste Tagung am 6. Juli in Belgrad stattfinden zu lassen.

Deutschland und die baltischen Staaten

Berlin, 25. Januar.

Reichsaußenminister Frhr. v. Neurath gewährte einem Vertreter der mitteldeutschen Zeitung „Niederdeutscher Beobachter" eine Unterredung, in der er sich zu dem Pressevertreter über Deutschlands Beziehungen zu den baltischen Staaten äußerte.

Der Minister erklärte in dieser Unterredung, Deutschland habe den besten Willen, mit den baltischen Staaten die besten Beziehungen zu pflegen. Wirtschaftlich werde dieses Bestreben dadurch gefördert, daß die Voraussetzungen für einen Austausch landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegen solche der Industrie gegeben seien. Die Ausgestaltung der politischen Beziehungen werden beeinflußt durch die Behandlung, die diese Staaten den deutschen Volksteilen innerhalb ihres Gebietes angedeihen lassen.

Ueber die Beziehungen zu Litauen erklärte der Minister, daß er nur sagen möchte, daß die Dinge im Fluß seien, und daß man in Deutschland hoffe, daß nach dem eindeutigen Ergebnis der Memel-Wahlen den Memelländern die im Statut festgelegten Autonomie-Rechte voll zuteil werden.

Die Beziehungen zu Lettland hätten eine schwere Belastung erfahren durch die zum Jahreswechsel erlassenen Gesetze. Man habe in Deutschland durchaus Verständnis dafür, daß Lettland eine Festigung seines Staatsgefüges anstrebe, doch sei es nicht notwendig, daß dies in erster Linie auf Kosten der deutschen Volksgruppen geschehe.

Die Beziehungen zu Estland hätten sich befriedigend entwickelt. Entgegen gewissen Andeutungen in ausländischen Blättern sei festzustellen, daß bei dem jüngsten Putschversuch keinerlei deutscher Einfluß im Spiel gewesen sei.

Gegen tschechische Sensationsmeldungen

Berlin, 24. Jan. (A.A.)

Die „Berliner Börsenzeitung" schreibt:

Seit einiger Zeit kann man in der tschechischen Presse häufig bestimmte Meldungen lesen, in denen behauptet wird, daß Italien mit Deutschland verhandle, um die Unterstützung des Reiches im äthiopischen Konflikt durch den Verzicht auf Oesterreich zu gewinnen. Man sucht das Reich der Stellungnahme für Italien zu verdächtigen, um die öffentliche Meinung der Welt und besonders diejenige Englands zu beunruhigen, mit dem Ziel, die deutschfeindliche Gesinnung auszubreiten. Selbstverständlich sind die tschechischen Behauptungen in allen Teilen erfunden.

Tatsächlich ist die streng neutrale Haltung, die Deutschland seit dem Ausbruch des Konflikts angenommen hat, so deutlich, daß sie keines Beweises mehr bedarf. Man kann sich nur fragen, ob es nicht unsinnig ist, zu unterstellen, daß Deutschland mit Italien über Fragen verhandeln kann, die sich auf die inneren Angelegenheiten Oesterreichs beziehen, in die sich Deutschland irgendwie einzumischen streng enthält.

Ein vor kurzem von der Pariser Zeitschrift „Le Capital" veröffentlichter Aufsatz läßt die gleichen Bestrebungen erkennen. In dem Artikel wird behauptet, daß Hitler ebenso wie Bismarck, der Napoleon III. in das mexikanische Abenteuer verstrickt habe, Mussolini zum Kriege in Ostafrika aufgestachelt habe. Um diesen Verdacht zu stützen, wird in dem Artikel weiter gesagt, daß am 22. September 1935 eine geheime Unterredung zwischen Mussolini und Hitler an der Küste der Adria stattgefunden habe, und daß diese Unterredung zu dem endgültigen Entschluß Mussolinis geführt habe, den Feldzug in Aethiopien zu eröffnen. Bekanntlich hat jedoch der Führer seit seiner Fahrt nach Venedig im Sommer 1934 nicht mehr Italien besucht. Seit der Venediger Zusammenkunft hat Hitler mit Mussolini weder an der Küste der Adria noch sonst irgendwo eine Zusammenkunft gehabt.

Hitler wird am 30. Januar sprechen

Berlin, 24 Jan. (A.A.)

Anläßlich des Jahrestages der Machtübernahme durch die nationalsozialistische Partei wird am 30. Januar in Berlin ein Aufmarsch der ältesten Mitglieder der SA aus ganz Deutschland in Anwesenheit des Führers stattfinden, der eine große Rede halten wird.

Ismet Inönü dankt dem neuen Patriarchen

Ankara, 24. Jan.

Auf die Ergebenheitserklärung des neugewählten ökumenischen Patriarchen Benjamin hat Ministerpräsident Ismet Inönü mit einem Danktelegramm geantwortet, in dem er den Wunsch ausgesprochen hat, daß alle türkischen Staatsbürger dem Vaterlande und der Republik nützliche Dienste leisten mögen.

Aus dem Kamutay

Ankara, 25. Jan. (A.A.)

In seiner heutigen Sitzung unter dem Vorsitz von Refet Canitez hat der Kamutay das am 26. September 1935 unterzeichnete türkisch-griechische Abkommen ratifiziert, das eine Ergänzung des Niederlassungs-, Handels- und Schiffahrtsvertrages darstellt, der am 30. Oktober 1930 unterzeichnet worden ist.

Die nächste Sitzung des Kamutay findet am kommenden Montag statt.

Türkische Ehrung des afganischen Aussenministers

Genf, 24. Jan. (A.A.)

Der Sonderberichterstatter der Anatolischen Nachrichtenagentur teilt mit:

Unser ständiger Vertreter beim Völkerbund, Cemal Hüsnü, hat heute zu Ehren des in Genf weilenden afganischen Außenministers Serdar Fayz Mohammed Chan ein großes Festessen zu 60 Gedecken gegeben, an dem Dr. Aras, Litwinoff, Titulescu, der Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, die Mitglieder der Abordnungen der Sowjetunion, Rumäniens, Jugoslawiens, Griechenlands, des Iran und des Irak sowie die höheren Beamten des Generalsekretariats des Völkerbundes wie des Internationalen Arbeitsamtes und Pressevertreter teilnahmen.

Ende der Ratstagung

Genf, 25. Januar.

Der Völkerbundsrat hat gestern seine 90. Tagung abgeschlossen und die auf der Tagesordnung stehenden Fragen sämtlich einer Erledigung zuführen können.

Die Danziger Angelegenheit wurde durch den vorgelegten Bericht des englischen Außenministers Eden einer befriedigenden Lösung zugeführt, der auch der Danziger Senatspräsident zustimmte. Edens Bericht wurde einstimmig angenommen.

Die Beschwerde der Sowjetunion wegen des Abbruches der diplomatischen Beziehungen durch Uruguay wurde durch eine sehr diplomatisch abgefaßte Entschließung des Rates erledigt, von der allerdings die Gegner der Sowjetunion behaupten, daß sie eine Abweisung der russischen Beschwerde darstelle.

•

Genf, 25. Jan. (A.A.)

Nach Schluß der Ratssitzung verhandelten die Ratsmitglieder über die Möglichkeit, eine der nächsten Sitzungen in Lissabon oder Bukarest abzuhalten. Man hat sich vorläufig dahin geeinigt, daß, wenn bis zum Mai eine außerordentliche Sitzung anberaumt werden sollte, diese in Lissabon stattfinden soll, während die Maitagung in Bukarest abgehalten werden soll. Falls keine außerordentliche Tagung einberufen wird, soll die Maitagung in Genf stattfinden.

•

Genf, 25. Januar.

Der Vorsitzende der Sanktionskonferenz hat den Sachverständigen-Ausschuß, der über die Frage der Oelsperre Bericht erstatten soll, für den 3. Februar einberufen.

Der politische Katholizismus

Budapest, 24. Januar (A.A.)

Der Primas von Ungarn, Kardinal Seredi, empfahl in einer Rede ein Bündnis mit jenen Nachbarstaaten, mit denen durch Ueberlieferung und gemeinsame Interessen starke Bande bestünden.

Dies ist die erste offizielle ungarische katholische Kundgebung zu Gunsten einer Zusammenarbeit im Donauraum.

•

Wien, 24. Jan. (A.A.)

Der Wiener Berichterstatter der Havas-Agentur meldet:

Bei der Beauftragung des Fürsten Starhemberg als Vertreter Oesterreichs bei den Trauerfeierlichkeiten für König Georg V. von England sind wahrscheinlich politische Gründe ausschlaggebend gewesen. Es gehen Gerüchte um, in denen davon die Rede ist, daß Fürst Starhemberg versuchen will, Eduard VIII. für die Wiedereinsetzung der Habsburger zu gewinnen.

Sarrauts Ministerliste

Paul-Boncour wird „Völkerbundsminister"

Paris, 24. Jan. (A.A.)

Das neue französische Kabinett setzt sich nunmehr endgültig folgendermaßen zusammen:

Albert Sarraut: Ministerpräsident und Inneres
Paul-Boncour: Minister ohne besonderen Geschäftsbereich
Yvon Delbos: Justiz
Flandin: Aeußeres
Regnier: Finanzen
General Maurin: Krieg
Pietri: Marine
Marcel Deat: Luftfahrt
Guernut: Unterricht
Bonnet: Handel
Chautemps: Oeffentliche Arbeiten
Paul Thellier: Landwirtschaft
Mandel: Post
Stern: Kolonien
Frossard: Arbeit
Nicolle: Gesundheitspflege
Chappedelaine: Handelsmarine
Besse: Pensionen

Unterstaatssekretäre:

Zay: Ministerpräsidium
Beauguitte: Inneres
Jacquinot: Krieg
Mazé: Oeffentliche Arbeiten
Jules Julien: Technischer Unterricht

•

Paris, 24. Januar (A.A.)

In den Versammlungen der politischen Kammergruppen ging es reichlich lebhaft zu. Bei den Radikalen wie auch im Schoße des Demokratischen Bundes stießen die Gegensätze manchmal sehr heftig aufeinander, was die Unsicherheit zeigt, die bei den großen Parteien der Linken und der Mitte herrscht. Diese Unsicherheit wird besonders durch die Tatsache erhellt, daß gewisse Radikale in ihrer Auffassung mit den gemäßigten Republikanern der Mitte und der Rechten hinsichtlich der Bildung einer Regierung der „Volksfront" oder einer radikalen Regierung mit Unterstützung der Sozialisten und Kommunisten übereinstimmten, wenn auch die Beweggründe ganz entgegengesetzter Natur waren.

Die ersten hofften, daß ein derartiges Kabinett sich halten könnte, die anderen, daß es wieder stürzen müßte. Sowohl die einen wie die anderen verzögerten die Lösung der Krise durch ihren Widerstand gegen ein linksgerichtetes, republikanisches Konzentrationskabinett.

In den Wandelgängen der Kammer erzählte man sich von Rücktrittsdrohungen Flandins, der den Vorsitz des demokratischen Bundes niederlegen will, weil gewisse Mitglieder der Partei jeder Kombination der Konzentration feindlich gegenüberstehen.

Sarrauts Persönlichkeit wurde allgemein sympathisch aufgenommen, aber die Gemäßigten scheinen immer noch nicht zu einer Versöhnung bereit zu sein, woraus sich gewisse Schwierigkeiten ergeben.

•

Paris, 25. Januar.

Der neue französische Ministerpräsident Sarraut, der im Laufe des gestrigen Nachmittags sein Kabinett endgültig gebildet hat, begab sich dann zum Staatspräsidenten, um diesem seine neuen Mitarbeiter vorzustellen.

Ergänzend wurde gestern abend aus Paris noch gemeldet, daß der Staatsminister Paul-Boncour mit der Wahrnehmung der Völkerbunds-Angelegenheiten betraut wurde.

Das neue Kabinett wird am Sonntag nachmittag zum ersten Ministerrat zusammentreten. Am kommenden Donnerstag wird sich Sarraut mit seinen Ministern der Kammer und dem Senat vorstellen. Am Vormittag dieses Tages wird in einem Ministerrat der endgültige Wortlaut der Regierungserklärung festgelegt werden.

Unklare Lage in Aegypten

Der Wafd will allein die ganze Macht übernehmen

London, 24. Januar (A.A.)

Nach der Weigerung des Wafd-Führers Nahas Pascha, an der Bildung eines neuen Kabinetts mitzuwirken, herrscht in Aegypten eine sehr unklare politische Lage.

Nach einer Reutermeldung aus Kairo herrscht zwar augenblicklich in der Hauptstadt Ruhe, doch haben die Statthalter der Provinzen die Weisung erhalten, ihren Posten nicht zu verlassen.

•

Kairo, 24. Januar (A.A.)

Die politische Krise ist durch die Verhandlungen unter den Parteien noch nicht beigelegt worden. Man ist in eine Sackgasse geraten.

Die nationalistische Partei fordert die Einsetzung eines nationalistischen Kabinetts und eines königlichen Ausschusses, dem auch die Führer der kleineren Parteien angehören, um mit England zu verhandeln. Wenn die Verhandlungen mit England aufgeschoben werden sollten, müßte, bis eine verfassungsmäßige Regierung an die Macht gelangt, eine neutrale Regierung eingesetzt werden, die Neuwahlen auszuschreiben hätte.

Diese Vorschläge wurden von dem Führern der Einheitsfront abgelehnt, die vielmehr die Bildung einer Koalitionsregierung unter Nahas Pascha fordern, um sofort mit England zu verhandeln und die Ergebnisse dieser Verhandlungen den Wählern zu unterbreiten.

•

Kairo, 24. Januar (A.A.)

Die ägyptischen Studenten setzen ihre Agitation fort. Sie hören nicht mehr die Vorlesungen sondern ziehen durch die Stadt und fordern in erregter Weise die ägyptische Unabhängigkeit.

Im Abdin-Viertel kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei ein Polizeioffizier verletzt wurde.

•

Kairo, 24. Jan. (A.A.)

Die Zeitung „El Ahram" berichtet, daß die ägyptischen Truppen aller Garnisonen Befehl erhalten haben, sich in Bereitschaft zu halten um allen Möglichkeiten infolge der Verwirrung in der politischen Lage begegnen zu können.

Zusammenstöße in Damaskus

Jerusalem, 25. Januar (A.A.)

In Damaskus haben gestern erneut schwere Unruhen stattgefunden. Die französischen Polizeitruppen mußten wiederholt von der Waffe Gebrauch machen.

Amerika und Japan

Newyork, 24. Jan. (A.A.)

Der amerikanische Vertreter auf der Londoner Flottenkonferenz William Philipps, ist in Newyork eingetroffen. Er sprach sein Bedauern über das Ausscheiden Japans aus der Konferenz aus, fügte jedoch hinzu, daß die übrigen Abordnungen ein Programm ausfindig zu machen hofften, das es Japan gestattet, seinen Platz wieder einzunehmen.

•

Berlin, 24. Jan. (A.A.)

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

„Der japanische Außenminister Hirota brachte in seiner letzten Rede seine Ueberraschung angesichts der Einstellung verschiedener ausländischer Staatsmänner zum Ausdruck und verbot ihnen, sich in die Angelegenheiten einzumischen, die die nationalen Wünsche der Japaner berühren. Wahrscheinlich wollte Hirota damit auf den Präsidenten Roosevelt, namentlich auf dessen letzte Rede vor dem Kongreß anspielen. Hirotas Worte zeigen deutlich, daß sich Japan jeder Einmischung der Vereinigten Staaten in die fernöstlichen Angelegenheiten widersetzt. Man kann also sagen, daß die amerikanisch-japanischen Beziehungen sich verschärft haben.

•

Washington, 24. Jan. (A.A.)

Der amerikanische Parlamentsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wird in den Entwurf des Neutralitätsgesetzes eine Bestimmung einschalten, durch die die lateinamerikanischen Staaten für den Fall, daß sie mit nicht-amerikanischen Staaten in einen Krieg verwickelt werden, von jedem Ausfuhrverbot ausgenommen werden.

Kurzmeldungen vom Tage

An den Beisetzungsfeierlichkeiten für König Georg werden fünf Herrscher teilnehmen, nämlich König Carol von Rumänien, König Boris von Bulgarien, der König der Belgier sowie die Könige von Dänemark und Norwegen.

Der König von Italien wird durch Kronprinz Umberto vertreten sein.

•

Der englische Bergarbeiter-Konflikt ist beigelegt worden, so daß der Streik, mit dem für den 27. Januar gerechnet werden mußte, als überwunden betrachtet werden kann. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Landestagung der Vertreter der Bergarbeiter die Vorschläge der Arbeitgeber angenommen hat.

•

Mussolini hat am Donnerstag den französischen Botschafter Graf de Chambrun empfangen, der von Paris zurückgekehrt ist.

•

Die Stefani-Agentur meldet:

Es verlautet, daß der Negus die bis jetzt in äthiopischen Diensten zur Heeresorganisation gestandenen fremden Offiziere nach Addis-Abeba berufen hat. Man glaubt, daß in Dessie ein Kriegsrat abgehalten werden soll, um eine Entscheidung über die Taktik zu treffen, wie der italienische Vormarsch aufgehalten werden könnte.

•

Wie die Stefani-Agentur berichtet, geht aus Aktenstücken, die von den Truppen Graziani in den jüngst eroberten Stellungen gefunden worden waren, hervor, daß der englische Konsul in Leza, an der Nordgrenze von Kenya, den äthiopischen Truppen täglich Lebensmittel und Brennstoffe zugeschickt hat.

Politische Wochenschau

Der Tod König Georgs. — Die Genfer Tagung. — Italien in Genf. — Die Oelsperre. — Frankreichs Außenpolitik. — Lavals Rücktritt. — Die ägyptische Kabinettskrise. — Aegypten und England. — Japan und die Mongolei.

Istanbul, 24. Jan.

An der Trauer des englischen Volkes und der Millionen des britischen Empire um ihren toten König Georg V. nimmt die ganze übrige Welt tiefen Anteil, vor allem menschlichen Anteil. In die internationale Politik — so heißt es gemeinhin — reißt der Tod eines englischen Monarchen keine tiefe Lücke. Formal ist das richtig. Die englischen Könige stehen an der Spitze eines Weltreiches, ihre Macht scheint unermeßlich, aber sie wird nicht von ihnen ausgeübt. In dem englischen Staatsrecht fließt der Begriff „Staat" mit dem Begriff „Krone" zusammen. Mit vollem Recht sagt der König „mein Volk", „meine Regierung". Im Namen des Königs verordnet das Parlament Gesetze, und fällen die Gerichtshöfe ihre Urteile. Der englische Schatz ist nicht staatlich, er ist königlich, ebenso die Flotte und verschiedenes andere. Aber alles das ist Symbolik. Dem Wesen des englischen Staatsrechtes nach regiert nicht der König, sondern die Regierung. Ohne sie kann der König in Staatsgeschäften keinen Schritt machen.

•

Wie gesagt, formal ist das alles richtig. Der König hat kein Recht der persönlichen Initiative, aber das schaltet nicht den Einfluß seiner Persönlichkeit auf die Staatsgeschäfte aus. Als besonders in die Augen fallendes Beispiel konnte man die Tätigkeit des Vaters des Königs Georg nennen. Wie eine spätere Geschichtsschreibung festgestellt hat, ergriff Eduard VII. auf außenpolitischem Gebiet ebenso wenig die Initiative wie auf innerpolitischem. Er führte nur die „diplomatischen Aufträge", die ihm das Kabinett irgendwie nahe legte, aus. Er erwies sich dabei als der große „Diplomat auf dem Throne", aber er war nur „Ausführer". So sagen die Geschichtsforscher. Aber wer wird je feststellen können, wieweit die „diplomatischen Aufträge" nicht von König Eduard selbst hervorgerufen wurden, und wieweit seine Persönlichkeit die Entschlüsse der Regierung überhaupt beeinflußte. König Georg betrieb die verfassungsmäßige Zurückhaltung in noch stärkerem Grade als sein Vater. Er hielt sich grundsätzlich so sehr zurück, daß seine Rolle vor den Augen der Welt als farblos erscheinen konnte. Aber wer wird je die unwägbare Rolle abschätzen können, die einfach seine Persönlichkeit in den Geschicken seines Landes und der Welt gespielt hat? Eine Rolle hat König Georg jedenfalls voll erfüllt, die einzige Rolle, die ein englischer König vor den Augen der Welt spielen darf — die bemane mystische Rolle der englischen „Krone", die sich als das stärkste politische Band um das Britische Empire legt.

•

Die Genfer Tagung findet in einer Atmosphäre statt, die man als gedämpft bezeichnen kann, und der Grund dafür ist nicht nur der englische Todesfall. Die englische Politik war schon vorher zu ihrem Lieblingsmotto „wait and see" zurückgekehrt. Dies Leitmotiv klang bereits recht deutlich in der großen Rede nach, die Eden in Leamington vor seinen Wählern gehalten hat. Es war eine „Jungfernrede", die erste Rede, die Eden in der Oeffentlichkeit als Außenminister gehalten hatte. Sie fand am Vorabend der Genfer Tagung statt, aber in ihr war kein Wort darüber enthalten, was England in Genf vorzunehmen gedenkt. Die Lehre der „kollektiven" Sicherheit stand wohl im Mittelpunkt der Ausführungen, aber die hinreichend bekannten allgemeinen Wendungen konnten praktische Hinweise auf die Art ihrer Anwendung nicht ersetzen.

•

Wie in einem Teil der englischen Presse bemerkt wird, haben gewisse Folgeerscheinungen des italienisch-äthiopischen Konflikts die englische Regierung etwas stutzig gemacht. Die deutschen Hinweise darauf, daß die französisch-englischen